

Praxisnetzwerk: Zuwanderer in der Stadt

**Workshop vom 2. Dezember 2008**

**Neue Bewohner in benachteiligten Wohnquartieren – kann die nachträgliche Mischung ein Schritt zu einer besseren Integration im Stadtteil sein?**

am 2. Dezember 2008, 10.30 bis 16.30 Uhr  
Evangelische Fachhochschule Darmstadt

## PROTOKOLL

### Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Debatte über die Themen Integration und Segregation ist stark emotionalisiert und ideologisiert. Notwendig sei eine Entstigmatisierung der segregierten Gebiete.

Eine moderne Gesellschaft ist eine soziale und integrative Gesellschaft. Sie ist ressourcenorientiert, nutzt die Potenziale der internationalen Stadtgesellschaft und leistet Hilfe zur Selbsthilfe. Voraussetzung ist eine querschnittsorientierte und ressortübergreifende Zusammenarbeit, die Anerkennung von Differenz und der Vielfalt eigenständiger Kulturen.

Der wohnungspolitische Ansatz einer restriktiven Belegungspolitik über Quoten oder ähnliches zur Erreichung einer Bevölkerungsmischung habe sich in der Realität nicht bewährt, vielmehr solle eine Steuerung der Belegung über Angebots- und Anreizmodelle erfolgen. Das Ziel der Mischung wurde als schwierig zu erreichender aber richtiger Weg angesehen. Die These "Integration trotz Segregation" aus dem Projekt: Zuwanderer in der Stadt müsse weiter entwickelt werden, "Diversität und Integration" (Barbara John) seien die Stichworte. Schlüsselement für eine positive Quartiersentwicklung ist Bildung, notwendig seien qualifizierte Kitas und Schulen. Eine gute soziale Infrastrukturausstattung mit qualifizierten, mehrsprachigen und interkulturell kompetenten MitarbeiterInnen und ein positiv gestaltetes Wohnumfeld würden einen wichtigen Beitrag für den Integrationsprozess leisten.

Die Wohnungswirtschaft ist ein wichtiger Partner für die Quartiersentwicklung, sie muss sich in ihrem Geschäftsmodell als Bestandserhalter und Sozialpartner der Kommunen verstehen. Im Hinblick auf die zunehmende Polarisierung der Wohnquartiere und die Herausbildung sozial problematischer Milieus müssten sich Kommunen und Wohnungsunternehmen gemeinsam der Herausforderung stellen, Nachbarschaften zu formieren und zu organisieren.

Baugruppen und Genossenschaften können einen Beitrag zur sozialen und ethnischen Mischung der Wohnquartiere leisten (Beispiel München). Die Kommunen können derartige Modelle unterstützen, indem sie Bauland zu günstigen Konditionen bereitstellen und Organisationsberatung anbieten.

Aufgabe der Kommunen sei es, einen Konsens über die strategische Entwicklung eines Quartiers und Entwicklungspartnerschaften zu organisieren. Dabei bedarf es einer klaren Zielsetzung und eines zielgruppenorientierten, kleinräumigen Ansatzes. Das Programm "Soziale Stadt" sei in dieser Hinsicht zukunftsweisend.

Allgemeingültige Empfehlungen seien nicht möglich, das zeigten die beiden Beispiele München und Duisburg. Denn unterschiedliche ökonomische Rahmenbedingungen und der jeweilige kommunale Wohnungsmarkt haben entscheidenden Einfluss auf die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen.

## **Begrüßung**

Sabine Süß, Geschäftsführender Vorstand der Schader Stiftung

Im Anschluss an die Begrüßung der Teilnehmer und Referenten des Workshops erläutert Frau Süß die Entstehung und das Anliegen des Praxisnetzwerks: Zuwanderer in der Stadt:

Die Schader Stiftung hat zusammen mit dem GDW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen und dem Deutschen Städtetag von 2004-2007 das Forschungs-Praxis-Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ durchgeführt. Daraus sind in Zusammenarbeit mit Experten aus Wissenschaft und Praxis und acht deutschen Großstädten, Handlungsempfehlungen entstanden, die in die Kommunen, die Wohnungswirtschaft und die sozialen Institutionen hinein gewirkt haben. Darauf aufbauend wurde die sozialräumliche Integration der Zuwanderer in unseren Städten differenzierter betrachtet. Zur Weiterführung dieses Netzwerk wurde ein Internetforum als Austauschplattform für alle Städte mit Zuwandererproblematik entwickelt. Alle Teilnehmer dieses Workshops sind zu diesem interaktiven Städtenetzwerk eingeladen [www.praxisnetzwerk.zuwanderer-in-der-stadt.de](http://www.praxisnetzwerk.zuwanderer-in-der-stadt.de) .

In diesem geschützten Gesprächsraum bietet sich die Gelegenheit, Themen und Fragestellungen, die sich in der Praxis ergeben, zu diskutieren. Ansprechpartner für alle Fragen des Forums, insbesondere technische Fragen, ist Herr Fabian Kraus [kraus@schader-stiftung.de](mailto:kraus@schader-stiftung.de) .

Neben dem Forum wurde eine Gute-Praxis-Datenbank im Internet eingerichtet, die über gelungene Integrationsprojekte in den Kommunen und Regionen informiert und Ansprechpartner benennt.

Mit 110 angemeldeten Teilnehmern sei die Resonanz auf das Thema des Workshops sehr groß. Dies zeige, dass in diesem Feld weiterer Arbeitsbedarf besteht. Auch wenn der Nationale Integrationsplan das Leitbild der sozialen und ethnischen Mischung im Quartier verfolge, könne nicht ignoriert werden, dass die Segregation in den Wohnquartieren eine Realität ist. Insofern sei es nicht nur eine Integrationsfrage, sondern auch eine soziale Frage, wenn Quartiere abgehängt werden, in denen sich soziale Probleme häufen.

## **Begrüßung**

Jochen Partsch, Stadtrat/Sozialdezernent der Wissenschaftsstadt Darmstadt

### **1. Einführung**

*„Wir glauben nicht mehr an die die glückliche gemischte große Heimstätten-Familie. Eine 75-jährige deutsche Großmutter hat ein anderes Verständnis von Sauberkeit und Erziehung als eine junge Migranten-Familie.“*

Dieses Zitat des Geschäftsführers der Nassauischen Heimstätte, Herr Thomas Dilger, lieferte vor rund einem Jahr den Anstoß zu einer Debatte, die es schon seit längerem gibt: Milieuhäuser statt Integration. Die Politik (Hessische Landesregierung) zeigte sich daraufhin empört, dennoch bleibt das Thema ein aktuelles. Es ist bekannt, dass gute Nachbarschaften, attraktive und lebenswerte Stadtteile Voraussetzung sind für eine gelingende Integration der Zugewanderten in die Gesellschaft und in die Quartiere. Die Komplexität und Vielschichtigkeit des Themas Segregation muss hier allerdings berücksichtigt werden.

*„Wenn die Politik eine ethnisch gering segregierte Stadt anstrebt muss sie an vielen Schrauben zugleich drehen: in der sozialen Sicherung, bei den Verdienstmöglichkeiten, im Wohnangebot, im Bildungssystem.“* (Zitat Häusermann und Siebel: „An den Rändern der Stadt“)

Diese Schrauben sind zwar kommunal verstellbar, dennoch können nationale oder landespolitische Versäumnisse in der Integrationspolitik dadurch nicht aufgeholt werden. Soziale Problemlagen, Abbauprozesse in städtischen Bereichen haben sich in den 90er Jahren verschärft, sodass heutzutage von der ‚gespaltenen Stadt‘ gesprochen wird. Erschwerte Integrationsprozesse sind die Folge. Häusermann und Siebel weisen darauf hin, dass Formen von Armut und Ausgrenzung, wie zu Ausgang des 19. Jahrhunderts, in den westlichen Industriegesellschaften heute wieder sichtbar sind, wie etwa in Suppenküchen, Tafeln und der gleichen. Kommunale Armuts- bzw. Sozialberichte bezeugen, dass die Mehrheit der Migrantinnen und Migranten mit größeren sozialen Risiken leben muss, als die Mehrheit der einheimischen Bevölkerung. Die räumliche Verteilung der sozialen Risiken zeigt, dass sich in vielen Großstädten Stadtteile mit Multiproblemzonen herausbilden, wo ethnische und soziale Segregation zusammenfallen, wo ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Zugewanderten aus einzelnen Sprachgruppen mit einer überdurchschnittlich armen einheimischen Population zusammenlebt (vgl.

Vgl. GDW-Studie „Überforderte Nachbarschaften“). Daraus resultieren letztlich ethnisierte Spannungen und Konflikte, die ungünstige Bedingungen für eine Integration bilden. Migranten-Communities, die per se erst einmal normaler Teil des Integrationsprozesses sind, laufen Gefahr sich zu Parallelgesellschaften zu entwickeln. Die Ausgangsbedingungen für eine Integration von vor allem Kindern und Jugendlichen verschlechtern sich, nationale oder religiös-fundamentalistische Strömungen können Zuspruch erfahren. So sind also in erster Linie klare politische Haltungen, aber auch operative Integrationsmaßnahmen erforderlich. Das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt hat hier große Beiträge geleistet, aber auch die Wohnungspolitik kann helfen: Wohnungsbelegungssteuerung als Maßnahme zur Verhinderung weiterer Konzentrationen von einzelnen Migranten-Communities im Quartier. So etwa in Darmstadt im Stadtteil Eberstadt Süd. Je höher die ethnische und soziale Mischung im Quartier, desto mehr Kontakte entstehen zwischen den Seiten, es entstehen günstige Bedingungen für die Integration auf sozialer und kultureller Ebene. „Räume entstehen als Resultat von spezifischen Verknüpfungen.“ (Zitat Martina Löw, Soziologin)

Wird also in sozialen Räumen gearbeitet und werden soziale Verknüpfungen zwischen Zugewanderten und einheimischer Bevölkerung hergestellt, so sind dies gute Räume für gute Nachbarschaften. Ziel muss es sein, soziale Netzwerke von Einheimischen und Zugewanderten zu erschaffen, die die Chancen der Zugewanderten für die Integration in den Arbeitsmarkt und die soziale Mobilität erhöhen.

## **2. Darmstadt Eberstadt Süd**

### *Fallbeispiel:*

Eine alleinerziehende russlanddeutsche Frau mit vier Kindern will in die räumliche Nähe ihrer Verwandten in Eberstadt Süd ziehen, um so Beruf und Familie besser vereinbaren zu können.

### *Zielsetzung:*

Verhinderung weiterer Ansammlung von Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion (Russlanddeutsche) in Eberstadt Süd durch gesteuerte Wohnungsbelegung.

### *Annäherung:*

Zwar sind eindeutig negative Segregationstendenzen erkennbar, die defizitären Rahmenbedingungen (Kinderbetreuung, Wohnungsmarkt und Arbeitswelt) jedoch erfordern eine Ausnahmeregelung. Individuelle existenzielle Ausnahmeregelungen müssen hier also berücksichtigt werden!

Es zeigt sich hierbei, dass die Frage ‚Integration oder Segregation‘ nicht dogmatisch beantwortet werden kann.

‚Integration trotz Segregation‘ ist realpolitisch ein wichtiger Hinweis, da ja die Zielsetzung Desegregation heißt, dennoch müssen kommunale Gegebenheiten im Blick behalten werden. Die wichtigste Voraussetzung für eine gelingende Integration ist demnach die Beseitigung von Faktoren der strukturellen Benachteiligung von Migrantinnen und Migranten, die wechselseitige Öffnung der Institutionen – der Aufnahmegesellschaft einerseits und der Migranten-Communities andererseits.

In Darmstadt konkret erfolgt dies durch Zusammenarbeit mit dem interkulturellen Büro, durch Sozialpolitik und durch Belegungssteuerung. Der Wegfall von Bindungen im sozialen Wohnungsbau ermöglicht wohnungspolitisch ein weiteres Instrument: Verlagerung von Sozialwohnungen aus benachteiligten Stadtteilen in andere Stadtteile. So etwa in Darmstadt Kranichstein (Soziale Stadt). Hier wurde der Wohnungsmarkt für einkommensstärkere Familien geöffnet. Die Entwicklung zeigt eine gelungene Durchmischung durch Ausweisung neuer Baugebiete mit kleinteiliger Bebauung.

Eine ähnliche Gegensteuerung wird nun auch in Eberstadt Süd angestrebt: Umwandlung in Eigentumswohnungen, Öffnung des sozialen Wohnungsbaus für einkommensstärkere Mietparteien. Allerdings stehen hier viele Wohnungen nach wie vor leer. Trotz der ausführlichen Bearbeitung dieser Fragestellung auf kommunaler Ebene scheint eine Lösung derzeit nicht in Sicht. Zwar sind Gespräche mit der Wohnungswirtschaft, dem kommunalen Wohnungsunternehmen (Bauverein), dem interkulturellen Büro und dem Wohnungsamt mit sozialen Trägern vor Ort in Gange, aber eine klare Antwort auf diese spezielle Frage gibt es bis jetzt nicht. Das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt bietet hier enorme Chancen und Möglichkeiten, aber auch dadurch konnte die anhaltende Segregation nicht verändert werden.

## **3. Resümee**

Ein durchmischter Stadtteil erhöht nicht nur die Integration der Zugewanderten, sondern auch die Bildungs- und Entwicklungschancen aller im Stadtteil lebenden Kinder und Jugendlichen. Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen, Erhöhung der Attraktivität des Stadtteils als Wohn- und Lebensort werden in Darmstadt weiterhin soziale und städtebauliche Projekte Hand in Hand umgesetzt. Bündnispartner sind insbesondere die Wohnungsbaugesellschaften und die Träger der freien Wohlfahrtspflege. Es wird weiterhin an verschiedenen Schrauben gedreht werden müssen, auf

Landes- und Bundesebene müssen politische Partner gesucht werden. Die politische Zielvorgabe in Darmstadt lautet also: Keine Quartiere der Ausgrenzung bilden, sondern Quartiere der Inklusion, Chancengleichheit und Integration schaffen. Dabei hilft kein wohnungspolitisches Dogma, sondern praktikable Beispiele wie Integration gelingen kann.

## **Wollen Migranten unter sich bleiben? Segregation, Identität und Anerkennungskultur**

Prof. Cengiz Deniz, Evangelische Fachhochschule Berlin

Zu Beginn des Vortrags definierte Herr Prof. Dr. Cengiz Deniz den Begriff „benachteiligte Wohnquartiere“ anhand einer aktuellen Studie („Doppelt benachteiligt?“ - Leben in einem Deutsch-Türkischen Stadtteil, Jürgen Blasius u.a., 2008). So handelt es sich um solche Wohnquartiere, in denen aufgrund geringer individueller Ressourcen oder durch kollektiv mangelnde positive Rollenvorbilder und Ressourcen des Gebietes eine Benachteiligung stattfindet. Tritt nun beides ein, stellt sich die Frage, ob die Bewohner des Quartiers doppelt benachteiligt sind. Das zu untersuchende Gebiet Vingst-Höhenberg in Köln, weist eine gemischte ethnische Struktur mit 30% Migrantenanteil (Türken, Italiener, Ex-Jugoslawen) auf, wobei 20% arbeitslos sind und 11% Sozialhilfe empfangen.

Insgesamt werden 6 Viertel in der Studie betrachtet, alle mit beträchtlichen Unterschieden. Die Prozentzahlen der Sozialhilfeempfänger bewegen sich von 7,1 – bis 19%, und die Anteile der Migranten von 22 - 50%. Diese 6 betrachteten Viertel weisen eine Heterogenität des Äquivalenzeinkommens und der Altersgruppen auf.

Es bleiben allerdings einige Fragen offen: Die Frage nach der optimalen sozialen Mischung der Bewohner und welche Bedingungen beeinflussen die Einstellung und das Verhalten der Bewohner? Anhand von sieben verschiedenen Handlungsfeldern, werden diese Fragen diskutiert. Bei diesen Handlungsfeldern geht es darum, durch welche Maßnahmen bzw. Angebote Bewohner motiviert werden in ein bestimmtes Quartier zu ziehen oder dort zu bleiben, wenn sie sich bereits niedergelassen haben. Herr Deniz macht darauf aufmerksam, dass durch die Orientierung an konkreten Handlungsfeldern die Diskussion über die Fragestellung dieser Tagung versachlicht werden könnte, da in diesem Zusammenhang empirisch belegte Längsschnittstudien fehlen (PISA-Studie).

Die sieben Handlungsfelder:

1. Bildung / Elementarbereich / Schule
2. Beruf / Arbeit / interkulturelles Personalmanagement
3. Jugendförderung
4. Nachbarschaft / Konfliktvermittlung
5. kulturelle Angebote
6. religiöses Leben
7. politische Partizipation

Aus Zeitgründen geht Prof. Deniz nicht auf die Punkte 5-7 ein.

Zu 1. Zu dem Thema Bildung / Elementarbereich / Schule wird die Entwicklung interkultureller Handlungsmethoden differenziert nach unterschiedlichen Bildungsinstitutionen angesprochen. Eine wichtige Frage im Bezug auf das Thema Bildung ist, mit welcher Zielgruppe man es zu tun hat. Des Weiteren sollte man Fortbildung bzw. Weiterbildung zum Thema interkulturelle Sensibilisierung im Sinne der Organisationsentwicklung und die Förderung junger Menschen in der Ausbildung anbieten.

Zu 2. Im Bereich Beruf und Arbeit ist es möglich durch juristische und wirtschaftliche Beratung bei Selbstständigkeitsvorhaben Unterstützung zu geben. Dies kann noch sinnvoll erweitert werden durch eine gezielte personelle Besetzung solcher Beratungsstellen durch Migranten. Generell ist eine ausgewogene Mischung des Personals auch in allen anderen beruflichen Bereichen wichtig für eine gelingende Integration.

Zu 3. Öffnung der sozialen Regeldienste im Sozialraum. Anbieten von Fort- und Weiterbildung für die Mitarbeiter /innen der Kommune und Verbände. Ein weiterer Ansatz wäre, gezielt zweisprachige Fachkräfte in der Kommunalverwaltung einzusetzen, die sich sowohl in Ihrer herkunftskultur, als auch in der deutschen Kultur zurechtfinden.

Zu 4. In Bezug auf das Handlungsfeld Nachbarschaft und Konfliktvermittlung ist die Förderung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens, durch welches das soziale, kulturelle und ökonomische Gemeinwesen gefördert wird und somit Segregation verhindert werden kann einer der wichtigsten Hand-

lungsansätze. Gleichzeitig werden durch diese Förderung neue Identitätskonstruktionen entstehen. Auch das Benennen und der Umgang mit Differenzen soll in der Nachbarschaft erlernt werden, allerdings auch gesteuert werden.

Prof. Deniz verweist ergänzend auf eine empirische Studie von Norbert Elias und John Scotson. Diese Studie wurde zwischen 1958 und 1960 in dem Londoner Vorort Winston Parva durchgeführt, der durch eine starke Zuwanderung aus anderen Teilen Englands geprägt war. Diese Situation brachte etablierte und Außenseiter hervor. Die Familien, welche sich seit zwei oder drei Generationen kennen, entwickelten einen starken Zusammenhalt. Im Gegensatz dazu standen die Zuwanderer, die nicht nur gegenüber den alteingesessenen Familien, sondern auch untereinander fremd waren. Dank ihres größeren Kohäsionspotentials und dessen Aktivierung durch soziale Kontrolle waren die Alleinwohner in der Lage, die Ämter in den lokalen Einrichtungen (Stadtbezirksrat, Kirchen u. Clubs) für sich zu reservieren und zugewanderte Menschen strikt von ihnen fernzuhalten.

Der Ausschluss und die Stigmatisierung der Außenseiter bzw. Zuwanderer war eine sehr mächtige Waffe, mit deren Hilfe die Etabliertengruppe ihre Identität behauptete, ihren Vorrang sicherte und die Anderen an ihren Platz bannte. Die Mitglieder der alten Familien hatten eine gemeinsame Lebensweise und einen Normenkanon ausgebildet. Unter diesen Umständen betrachteten sie den Zustrom neuer Nachbarn als eine Bedrohung ihrer eingebürgerten Lebensweise, da ihr sozialer Status und ihre Zugehörigkeit fest mit ihrem Gemeindeleben und ihrer Tradition verknüpft waren. Sicherung hoher sozialer Positionen der etablierten Familien - weitere Trennung von den Zuwanderern. Die etablierten Familien schlossen ihre Reihen gegenüber den Zuwanderern. Dies war den Zuwanderern nicht möglich, da sie sowohl untereinander als auch gegenüber den etablierten Familien fremd waren.

Zusammenfassend geht es in diesem Kontext um die Schaffung von Foren, in denen Fragen über Anerkennung, Segregation und Identität kontrovers und kritisch diskutiert werden. Dies hat zum Ziel, dass die Menschen ihr Gemeinwesen selbst gestalten. Dabei sind die sieben Handlungsfelder von Bedeutung. Die Herausforderung an eine moderne urbane Gesellschaft ist es, dass die verschiedenen Ethnien einen nachbarschaftlichen Umgang miteinander lernen müssen.

### **Umgang mit Segregation und benachteiligten Wohnquartieren im europäischen Vergleich – Erfahrungen aus dem CLIP-Netzwerk**

Doris Lüken-Klaßen, europäisches forum für migrationsstudien efms, Universität Bamberg

*„Umgang mit Segregation und benachteiligten Wohnquartieren im europäischen Vergleich“*

Frau Doris Lüken-Klaßen stellte in ihrem Vortrag theoretische Grundlagen zum Zusammenhang von Integration und Segregation vor und präsentierte anschließend Erfahrungen aus dem europäischen Städtenetzwerk CLIP (‘Cities for Local Integration Policies’): Sie legte dar, wie europäische Städte mit Segregation umgehen und zeigte erfolgreiche Anti-Segregationsmaßnahmen auf.

Zu Beginn erläuterte sie das Konzept der Integration. In der allgemeinen soziologischen Theorie beschreibt der Begriff der Integration den Zustand der Gesellschaft, in dem alle ihre Teile fest miteinander verbunden und nach außen hin abgegrenzt sind. Er bezieht sich somit auf alle Mitglieder einer Gesellschaft. In der Migrationforschung und der Stadtpolitik ist mit dem Begriff der Integration die Eingliederung der zugewanderten Bevölkerungsgruppen in die Aufnahmegesellschaft gemeint. Diese Eingliederung erfolgt in vier Dimensionen:

- ▶ strukturelle Integration (bspw. Erwerb der Staatsangehörigkeit, Inklusion in das Bildungssystem, den Arbeits- und Wohnungsmarkt)
- ▶ kulturelle Integration (bspw. Erlernen von Verhaltensweisen/Verhaltenskanon)
- ▶ soziale Integration (bspw. Bildung interethnischer Freundschaften/Ehen, Eintritt in Vereinsstrukturen)
- ▶ identifikatorische Integration (Identifizierung mit der Stadt, dem Land, der Region).

Im Gegensatz zur Integration steht die Segregation (Trennung). Räumliche Segregation bedeutet eine ungleiche Verteilung der Wohnstandorte von unterschiedlichen sozialen Gruppen im Raum. Negativ eingeschätzt wird diese räumliche Abgrenzung dann, wenn gleichzeitig einzelne ethnische Gruppen und sozioökonomisch benachteiligte Einwohner konzentriert in einem Viertel leben. Segregation ist, obwohl dies in aller Munde ist, nicht mit ‚Ghettoisierung‘ gleichzusetzen, denn letzteres beschreibt die erzwungene Isolation einer Gruppe.

Die Entstehung und Persistenz segregierter Viertel wird zum einen von der Angebotsseite mitbestimmt, also durch die Struktur des Wohnungsmarkts, durch politische und juristische Rahmenbedingungen sowie durch Diskriminierung. Zum anderen spielt auch die Nachfrageseite eine Rolle: Der (sozioökonomische) Status der Zuwanderer und ihre Ressourcenausstattung (finanzielle Mittel, kognitive Fähigkeiten und soziale Netzwerke) sowie ihre subjektiven Präferenzen haben einen Einfluss auf Segregation. Dass die Struktur segregierter Viertel oft über Jahrzehnte hinweg stabil bleibt, liegt, wie Frau Lücken-Klaßen betonte, meist nicht daran, dass sich die Bewohner dieser Viertel nicht weiterentwickeln, sondern daran, dass sie oftmals nicht länger in einem benachteiligten Stadtteil leben wollen, wenn sie sozioökonomisch ‚aufgestiegen‘ sind. In die leer werdenden Wohnungen ziehen dann häufig wieder Personen, die sich woanders keine Wohnungen leisten können. Segregationsstrukturen sind also häufig stabil, aber keinesfalls statisch.

In Bezug auf die Wechselwirkung zwischen Integration und Segregation taucht die Fragestellung auf, ob und wie Integration die Wohnverhältnisse beeinflusst – und umgekehrt. Frau Lücken-Klaßen erläuterte, wie Segregation als Integrationskatalysator dienen, aber auch zur Mobilitäts- und Integrationsfalle werden kann. Problematisch werde Segregation insbesondere dann, die benachteiligten Wohnquartiere dazu führen, dass die Einwohner dieser Quartiere aufgrund ihres Wohnortes auch selbst benachteiligt werden und sozioökonomische Unterschiede innerhalb der Stadt somit größer werden.

Anschließend stellte Frau Lücken-Klaßen das CLIP-Netzwerk und erste Ergebnisse aus diesem vor. CLIP steht für ‚Cities for Local Integration Policies‘ und ist ein Netzwerk von rund 30 europäischen Städten von A wie Amsterdam bis Z wie Zagreb. Initiatoren dieses Netzwerkes sind die Stadt Stuttgart, die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Europa (kurz: Eurofound) und der Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates. Unterstützt wird das Netzwerk zudem von der Europäischen Kommission.

Hintergrund des Netzwerkes ist das Phänomen, dass europäische Städte Zuwanderer aus aller Welt anziehen. Diese Städte verfügen bereits über einen breiten Erfahrungsschatz in der Integration heterogener Bevölkerungsgruppen. Städte und Gemeinden müssen jedoch auch den Preis für fehlgeschlagene Integrationsprozesse zahlen – obwohl sie in allen Zuwanderungsfragen von der nationalen Gesetzgebung abhängig sind. Städte und Gemeinden sind deshalb nachdrücklich an einem Austausch über erfolgreiche lokale Maßnahmen zur Integration interessiert.

Ziel des CLIP-Netzwerkes ist es, innovative (kommunal-)politische Strategien und Maßnahmen zu sammeln und zu analysieren und einen Erfahrungsaustausch zwischen den Städten zu initiieren. Somit werden lokale integrationspolitische Maßnahmen verbessert und die Ansätze europäischer Integrationspolitik weiterentwickelt.

Begleitet wird das Städtenetzwerk von einer European Research Group, bestehend aus Wissenschaftlern von fünf Forschungsinstituten (efms (Bamberg), COMPAS (Oxford), IMES (Amsterdam), CEDEM (Liège), ISR (Wien)). Alle fünf Institute sind Mitglied im europäischen Network of Excellence IMISCOE (Integration, Migration and Social Cohesion in Europe).

Bisher behandelte das Netzwerk drei Forschungsmodule: Das erste Modul des Netzwerkes befasste sich mit der Wohnsituation von Migranten (2006/2007), das zweite mit Diversitätspolitik (2007/2008). Aktuell geht es um interkulturellen und interreligiösen Dialog (2008/2009); 2009 werden kommunale Maßnahmen zur Unterstützung ethnischen Unternehmertums untersucht. Das erste Modul betrachtete insbesondere fünf Aspekte: Governance (Kompetenzverteilung innerhalb der Stadt, Vernetzung der lokalen Akteure etc.), Segregation und Antisegregationspolitik, Zugang zu Wohnraum, physische Wohn- und Wohnumfeldbedingungen sowie soziales Umfeld und Nachbarschaft. Im Kontext dieses Vortrages wurden einige Ergebnisse zum dem Aspekt ‚Segregation‘ vorgestellt.

Hinsichtlich des Phänomens der Segregation kann zusammenfassend festgehalten werden, dass eine gewisse Segregation in jeder CLIP-Stadt existiert. Und obwohl das Ausmaß der Segregation sehr unterschiedlich ist, wird Segregation von allen Mitgliedstädten des Netzwerkes als problematisch erachtet.

In der Kommunalpolitik können zwei Arten der Anti-Segregationspolitik unterschieden werden: Zum einen die direkte Anti-Segregationspolitik, die mit gezielten Maßnahmen Segregationstendenzen abbaut und weitere Segregation verhindert, beispielsweise die Umsiedlung von Einwohnern, der Abriss von Gebäuden in benachteiligten Vierteln und die Restrukturierung dieser Viertel, Quotenregelungen sowie eine Verteilung von Sozialwohnungen über das gesamte Stadtgebiet. Ein wichtiges Politikfeld ist zum anderen die indirekte Anti-Segregationspolitik, die mittels Programmen der Stadterneuerung,

niedrigschwelligen Informationsangeboten, Kommunikationsstrategien und Kampagnen zur Imageverbesserung benachteiligter Viertel der räumlichen Segregation indirekt entgegnet.

Als konkrete Beispiele für direkte – und teils recht rabiante – Anti-Segregationsmaßnahmen wurden die Umsiedlung eines kompletten Stadtteils der türkischen Stadt Izmir und die finanziell sehr aufwändige Restrukturierung des Stadtteils Bijlmermeer in Amsterdam vorgestellt.

Eine andere direkte Anti-Segregationsmaßnahme ist die Einführung von Quoten bei der Belegung von Sozialwohnungen. So hat z.B. die Stadt Kopenhagen 2007 beschlossen, dass in bereits benachteiligten Vierteln der Anteil an Familien ‚mit geringen Ressourcen‘ einen Anteil von 50 % nicht übersteigen soll. Die Stadt Frankfurt am Main verfolgt mit ihrem „Frankfurter Vertrag“ ähnliche Ziele: Die Stadt hat mit lokalen Wohnungsunternehmen Quoten für die Belegung von Sozialwohnungen festgelegt (30% Ausländer, 15% Sozialhilfeempfänger und 10% Spätaussiedler). Auch die Stuttgarter städtische Wohnungsbaugesellschaft SWSG belegt ihre Wohnungen nach einem Quotensystem. Hier gilt, dass mindestens 80% der Bewohner eines Blocks aus EU-Staaten kommen sollen und maximal 20% aus Drittstaaten.

Als weiteres Beispiel wurde das Arnsberger Modell vorgestellt. In der sauerländischen Stadt wurden Förderkriterien für den Neubau von Sozialwohnungen festgelegt, die unter anderem zum Ziel haben, Sozialwohnungsbauten über das gesamte Stadtgebiet zu verteilen und somit Segregationstendenzen entgegenzutreten.

Als Beispiele für indirekte Anti-Segregationsmaßnahmen im Rahmen von Stadterneuerung wurden das Equal-Koinè Projekt in Brescia und das „Schipperkwatier“ in Antwerpen vorgestellt. Bei beiden Projekten wurden Sanierungsunterstützungen für private Gebäude in benachteiligten Vierteln gewährt und öffentliche Plätze instand gesetzt. In Brescia wurden auch Institutionen wie Universitätsgebäude, Bibliotheken, Kinderkrippen und Studentenwohnheime in benachteiligten Vierteln angesiedelt. In Antwerpen wurde nach einem ähnlichen Prinzip vorgegangen; dabei wurden gezielt die Bedürfnisse der Anwohner analysiert und beachtet. Antwerpen setzt zudem auf eine Kommunikationsstrategie mit dem Slogan „die Stadt gehört allen“.

Als good-practice Beispiele können auch viele der Projekte gelten, die im Rahmen des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt in diversen deutschen Städten durchgeführt werden. Einige Städte führen ähnlich strukturierte Projekte auch mit kommunalen Geldern durch; ein Beispiel hierfür sind die Aktivitäten des Programms „Frankfurt – Soziale Stadt – Neue Nachbarschaften“, das in Frankfurt am Main umgesetzt wird.

Auch das Wiener Projekt „Wohndrehscheibe“ ist eine vorbildliche indirekte Antisegregationsmaßnahme. Dieses Projekt bietet Wohnungssuchenden niedrigschwellige, mehrsprachige Informationen, Beratung und Begleitung bei der Wohnungssuche sowie Unterstützung bei interkulturellen Problemen.

Am Ende ihres Vortrags gab Frau Lüken-Klaßen Empfehlungen, die sie aus Erfahrungen des CLIP-Netzwerks ableitet. Grundlegend ist, dass Städte für eine bessere Vernetzung der lokalen Akteure (innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung) sorgen, damit die beteiligten Akteure effektiv und effizient arbeiten. Zudem muss für Einwohner mit Migrationshintergrund der Zugang zu adäquatem Wohnraum erleichtert werden. Mögliche Wege sind finanzielle Unterstützung und niedrigschwellige Antidiskriminierungsstellen und Informationsangebote. Der städtische Handlungsspielraum in diesem Bereich wird durch die Beteiligung an Wohnungsgesellschaften und -unternehmen deutlich gestärkt und solch eine städtische Beteiligung daher ausdrücklich empfohlen. Des Weiteren sollten Städte eine nachhaltige Anti-Segregationspolitik umsetzen. Erreicht werden kann dies durch ein bewusstes Gestalten gemischter Viertel, die Aufwertung des Wohnumfeldes in benachteiligten Quartieren unter Einbeziehung der Anwohner, durch die Ansiedlung einer guten Infrastruktur in benachteiligten Quartieren und die aktive Unterstützung eines konfliktfreien Miteinanders. Wichtig ist zudem, die Erfolge der umgesetzten Ansätze zu messen. Hierfür empfiehlt Frau Lüken-Klaßen, zum einen eine breite statistische Datengrundlage zu erheben und zum anderen eine Wirkungsanalyse durchzuführen.

### **Kommunale Steuerungsinstrumente und Quartiersentwicklungskonzepte am Beispiel der Stadt München**

Klaus Illigmann, Leiter der Abt. Bevölkerung, Wohnen, PERSPEKTIVE MÜNCHEN in der Hauptabteilung Stadtentwicklungsplanung der Landeshauptstadt München

Der Oberbürgermeister der Stadt München Christian Ude (SPD), der derzeitige Präsident des Deutschen Städtetags, ist ein Verfechter von kommunaler Daseinsvorsorge. Nach seiner Meinung muss die Stadt selbst handlungsfähig sein und bleiben. In Bezug auf das Wohnen wird dies erreicht durch kommunale Wohnungsgesellschaften, durch die eigenen Stadtwerke oder über andere kommunale

Institutionen. Damit charakterisiert Oberbürgermeister Christian Ude eine Grundhaltung der Münchner Kommunalpolitik, die sich gegen die Privatisierung kommunaler Einrichtungen verwehren will.

Das Thema „Zusammenleben“ ist laut Illigmann ein sehr wichtiges Thema der städtischen Politik in München. Und München ist eine sehr kleine Stadt und hat eine der höchsten Bevölkerungsdichten in Deutschland mit ca. 4.000 Einwohner/qm<sup>2</sup>. Aus dieser Dichte heraus ergeben sich zuhauf Problemlagen und Handlungszwänge, gerade zum Thema Zusammenleben.

Nach der Bevölkerungsprognose 2020 expandiert die Stadt München um 6 %. Diese Zunahme resultiert v.a. aus der guten wirtschaftlichen Situation der Stadt. Die Stadt ist wirtschaftlich gut und breit aufgestellt und dadurch in Krisensituationen unanfälliger als andere Städte. Durch die zwei Universitäten hat die Stadt München einen verstärkten Zuzug einer jungen, aktiven Bevölkerung und ist von dem klassischen demographischen Wandel zeitversetzt und nur im geringeren Maße betroffen. Die Herausforderung der Stadt liegt eher in der Zunahme von alten Menschen, insbesondere alten Migranten/-innen, die einer besonderen Hinwendung bedürfen.

Die Stadt München besitzt eine große Menge an Konversionsflächen. Betrachtet man nur die zentralen Bahnflächen, vom Hauptbahnhof bis nach Pasing mit einer Länge von acht Kilometern, werden dort in den nächsten Jahren eine große Anzahl von Wohnungen entstehen. Im Münchner Osten, dem ehemaligen Gelände der Bundesgartenschau und des Flughafens, befindet sich die große Messestadt Riem, in der sich die aus der Innenstadt ausgelagerte Messe angesiedelt hat. Dort entstehen im fortgeschrittenen 4. Bauabschnitt insgesamt 16.000 Wohnungen, die eine Herausforderung im Bereich der „Integration“ bedeuten. Die letzte große Erweiterungsfläche im Westen von München ist Freiham. Hier soll in den nächsten 25 Jahren ein neuer Stadtteil für 20.000 Einwohner entstehen.

Die zur Verfügung stehenden bebaubaren Flächen sind allerdings beschränkt, so stehen der Stadt München nur noch für die nächsten 20 Jahre Flächen für den Wohnungsbau zur Verfügung. Diese Flächen werden für die im Schnitt 6.000 fertiggestellten Wohnungen pro Jahr benötigt. Das bedeutet, die Ressourcen der Stadt werden relativ schnell verbraucht sein.

Die Landeshauptstadt München ist ein teurer Standort und zeichnet sich durch die höchste Kaufkraftkennziffer in Deutschland aus. Das entscheidende ist jedoch, dass München mit Abstand die höchsten Mietpreise in Deutschland hat. Die Herausforderung „Arm in einer reichen Stadt“ zu sein ist nochmal viel härter, als in einer Stadt auf einem mittleren Preisniveau. Dies stellt eine ganz spezielle Problematik der Stadt München dar.

Bei der Zusammenfassung der Eckpunkte weist Illigmann besonders auf die Polarisierung und Disparitäten beim Lebensstandard hin. Der Zusammenhalt der Stadtgesellschaft ist zum Teil gefährdet. Im Rahmen des Forschungsprojektes „Stadt 2030“ stand die Fragestellung im Mittelpunkt, ob die wirtschaftliche Prosperität die Stadtgesellschaft entzweit oder dazu beiträgt, die Gesellschaft zu stabilisieren. Tendenziell wurde festgestellt, dass dadurch die Einkommensschere auseinandergeht. Dazu kommen die Integrationsbedürfnisse von Migranten und Migrantinnen, insbesondere bei Jugendlichen. In München haben nach den neusten Erhebungen des statistischen Amtes 35% der Bürger/-innen einen Migrationshintergrund. Die Wohnungsmarktsituation in München ist angespannt und die Lebenshaltungskosten sind hoch. Junge Familien wandern ab ins Umland. Weitere dringende Probleme liegen im Bildungsbereich (z.B. Schulabgänger ohne qualifizierte Kenntnisse) und in der strukturellen Arbeitslosigkeit, vor allem bei älteren Dauerarbeitslosen.

Zusammen mit dem Stadtplanungsamt hat die Stadt München integrierte Strategien (Leitlinien) entwickelt, die sog. „Perspektive München“. Die „Perspektive München“ hat mittlerweile 13 abgeschlossene und 4 in der Bearbeitung befindliche Leitlinien, die von „wirtschaftlicher Prosperität“ bis „soziale Kommunalpolitik“ reichen. Die Leitlinie „Familien und Kinder in der Stadt fördern“ hat sich in letzter Zeit besonders stark herausgehoben.

Im Rhythmus von 3 bis 5 Jahren erscheint ein Bericht zur Stadtentwicklung, der konkrete Aussagen zum Thema Migration und Integration beinhaltet. Zusätzlich gibt es ein interkulturelles Integrationskonzept, das sich derzeit in der Umsetzungsphase befindet.

Die Leitlinie „Bildung“ befindet sich zurzeit noch in der Phase der öffentlichen Diskussion. Bezogen auf die 25 Stadtteile der Stadt München ist festgestellt worden, dass die Übertrittsquoten von der Grundschule zur weiterführenden Schule je nach Stadtteil zwischen 10% und 90% variieren. So ist es je nach Wohnort eine Art Bildungssegregation festzustellen.



„Wohnen in München“ ist ein weiteres wichtiges Thema. In der Stadt München gibt es inzwischen das vierte wohnungspolitische Handlungsprogramm. So werden in einem Zeitraum von 5 Jahren insgesamt ca. 900 Mio. Euro für Wohnungsbauförderung ausgegeben. Von jährlich 6.000 neu entstehenden Wohnungen werden damit 1.800 Wohnungen gefördert, das sind 1.300 Mietwohnungen und davon 800 Wohneinheiten für Haushalte mit niedrigem Einkommen. Mit diesen Mitteln versucht die Stadt München bezahlbaren Wohnraum am teuren Standort München zu halten. Dabei spielen die kommunalen Wohnungsgesellschaften, die in Teilbereichen geförderte Wohnungen bauen, eine wichtige Rolle.

Nicht immer sind deren Projekte unproblematisch. Im ersten Bauabschnitt der Messestadt Riem sind 70% geförderte Wohnungen entstanden, was dazu geführt hat, dass sich in diesem Neubauquartier soziale Probleme häufen. Die Konsequenz daraus war, dass der Anteil von geförderten Wohnungen in den großen Neubaugebieten zurückgenommen wurde. Problematisch war vor allem die Phase der Belegung, als sehr viele geförderte Wohnungen auf dem Wohnungsmarkt angeboten wurden und die Auswahl unter den Bewerbern beschränkt war. So half auch das Verfahren, das in München angewendet wird nicht, aus drei Bewerbern bei der Wohnungsbelegung auszusuchen, wenn die Auswahl insgesamt beschränkt ist. Außerdem widmet sich die Leitlinie „Wohnen in München“ mit besonderer Aufmerksamkeit Haushalten mit Kindern, die bei der Belegungsmischung besonders berücksichtigt werden sollen.

Für die gesamte Stadt München gilt eine Quotenregelung von 30% geförderten Wohnungsbaus, auch für die exklusiven Baugebiete, und die wird von den Investoren auch erfüllt. Mit dieser Quotenregelung will die Politik in der Stadt München der Ausbildung von Problemvierteln entgegenwirken und die mittlerweile typische „Münchener Mischung“ fortführen.

Die Stadt München hat einen Bestand von 70.000 Sozialwohnungen. Mit „Wohnen in München“ versucht die Stadt der Abnahme von Sozialwohnungen entgegen zu wirken indem sie, zusätzlich zu den Baufertigstellungen, die Belegungsrechte an den Wohnungen erwirbt.

Aus der Leitlinie „Familienpolitik“ gibt es das Leitprojekt „Familienfreundliches Wohnen“ in dem detailliert die Fragen: „Was sind die speziellen Anforderungen?“, „Wie sieht es in welchen Stadtteilen aus?“ untersucht wurden. Ein zweites angedachtes Teilprojekt untersucht die Frage: „Wie kann in München die Wohnungsberatung effizienter gestaltet werden?“, damit u.a. auch Migranten und Migrantinnen besser geholfen werden kann.

Die bereits erwähnte Quotierung von 30 % geförderten Wohnungsbau in der Stadt München wird u.a. mit der „sozialgerechten Bodennutzung“ kombiniert und ergänzt. So wird bei allen großen Bauvorhaben eine Wertsteigerung der Grundstücke bis zu 2/3 über vertragliche Regelungen der Stadt abgeschöpft. Dieser Betrag wird in den jeweiligen Baugebieten für die soziale Infrastruktur reinvestiert. Dies ist in Teilbereichen einer der Schlüssel für die Entwicklung neuer Gebiete. So wurden beispielsweise in der Messestadt Riem die Attraktivität des Standortes durch eine extrem gut ausgebildete Infrastruktur von Anfang an gesteigert. Die ersten Gebäude, die dort errichtet wurden, waren Kindergärten und Schulen. Durch die U-Bahnen erzielte man eine Sogwirkung, die einer Stigmatisierung neuer am Stadtrand gelegener Gebiete entgegenwirkte. Diese Investitionen zahlen sich letztendlich genauso wie die Investitionen in die Grünversorgung aus. Für Migranten und Migrantinnen je nach dem aus welchem Kulturkreis sie kommen, hat der öffentliche Raum einen hohen Stellenwert. Dazu gibt es laut Illigmann einige interessante Projekte, angefangen bei „Shared Space“ bis zu dem Projekt in Wien „Stadt fair teilen“.

Ein konkretes Beispiel für die tatsächliche Mischung in der Landeshauptstadt München ist die Theresienhöhe. Dort ist auf dem sehr begehrten innerstädtischen Standort eine gesunde Mischung, mit interessanten Ansätzen, aus frei finanzierten, zum Teil geförderten und komplett geförderten Wohnungen entstanden.

In der Stadt hat sich eine Landschaft von jungen Genossenschaften herausgebildet, die einen großen Beitrag dazu leisten die Mischung auch wirklich bunt zu halten. Dazu gibt es inzwischen viele Modelle von Baugruppen. Diese Nutzungsmischung bietet viele Ansätze, so dass keine monotonen Stadtgebiete entstehen und wirklich Leben in den Gebieten vorhanden ist.

Die „Soziale Stadt“ ist aus Sicht der Stadtentwicklung ein ideales Instrument, vor allem der Verfügungsfonds, der vor Ort vielerlei Möglichkeiten eröffnet. Auch für die „Soziale Stadt“ gibt es eine referatsübergreifende Lenkungsgruppe, darunter das Schulreferat. Gerade für die Integration ist der Zugang zu Bildung und damit zu Kindergärten und Schulen ein wichtiges Instrument. Um diesen Zugang für Migranten zu erleichtern gibt es in München eine besondere Einrichtung von mehrsprachigen Erzieherinnen, die nach Bedarf in unterschiedlichen Stadtteilen zum Einsatz kommen.

Mit dem Spruch „A bissal ebbas goat imma!“ beendet Illigmann seinen Vortrag.

**Auf die Mischung kommt es an? Integration im Wohnquartier – Strategien der Wohnungswirtschaft**

Jürgen Dressler, GEBAG Duisburger Gemeinnützige Baugesellschaft AG

**1. Ausgangssituation – Migration**

Duisburg hat einen Migrantenanteil von ca. 30%. Es handelt sich hierbei überwiegend um Zuwanderer aus dem Osten der Türkei. Gerade in den den letzten 30- 40 Jahren hat sich gezeigt, dass besonders das geringe Bildungsniveau der Zuwanderer zu Problemen führt. Während die Zahl der Migranten zunimmt geht die Zahl der deutschen Bevölkerung zurück. Gebiete mit hohem Migrantenanteil stellen für Duisburg zukünftig den Normalfall dar.

## 2. Ausgangssituation – demographischer Wandel

Im Jahr der Gebietsreform 1975 zählte Duisburg 610.388 Bewohner, allerdings ist bereits 2020 ein Rückgang der Bevölkerung um 22% auf nur noch 482.100 Bewohner prognostiziert. 2050 sollen es dann aufgrund des demographischen Wandels nur noch 429.200 sein.

Zum einen gibt es in Duisburg Quartiere mit einem hohen Eigenheimanteil deren Bewohnerstruktur nicht arm, aber deutlich überaltert ist. Das Problem hierbei besteht darin, dass keine Folgenutzer nachrücken, die eine ähnliche Sozialstruktur in diesen Gebieten reproduzieren. Zum anderen verfügt Duisburg über Quartiere mit einem hohen Anteil an Migranten, die im Durchschnitt sehr jung sind und genau das bietet hervorragende Perspektiven für Duisburg.

In den letzten 12 Jahre verzeichnet Duisburg einen Zuwachs von 10.000 Wohneinheiten auf derzeit 260.000 Wohneinheiten. Und bei weniger Einwohnern werden dennoch mehr Wohnungen benötigt, da sich bis 2020 der Zuwachs am Wohnflächenbedarf fortsetzt und es erst danach durch die Schrumpfung der Bevölkerung zu erheblichen Anpassungen kommen muss. Aus Sicht der Wohnungswirtschaft muss hierbei der Wohnbedarf für Menschen mit Migrationshintergrund stärker qualitativ berücksichtigt werden.

## 3. Maßnahmen in Duisburg - Instrumente

Bruckhausen liegt in direkter Nachbarschaft zu Thyssen Krupp, einem der größten Stahlwerke mit einer Fläche von 60 km<sup>2</sup>. Dadurch werden die angrenzenden Stadtteile stark durch die Industrieemissionen beeinträchtigt. Bruckhausen hat einen Migrantenanteil von 85% und die Schrumpfung dieses Stadtteils führt zu einem Leerstand von derzeit 40%. Als Konsequenz erfolgt ein Abriss der leer stehenden Gebäude. Die Stadt Duisburg sieht darin insofern eine Perspektive, als dass durch die Entwicklung von wertvollen Grünflächen (Naherholung und Ökologie) eine Aufwertung des Gebietes realisiert werden kann.

Es wurden bereits mit Partnern, wie Thyssen Krupp, gemeinsame Projektziele formuliert und eine gemeinschaftliche Finanzierung von EU, Land NRW und Thyssen Krupp mit rund 75 Millionen Euro vereinbart. Dabei ist ein Projektzeitraum von 10 Jahren vorgesehen. Die Stadt Duisburg übernimmt die Bauherrenfunktion und Projektleitung, Sanierungsträger ist die vor Jahren gebildete EG Duisburg. Schon vor 3 Jahren wurde das städtebauliche Entwicklungskonzept auf die Gesamtentwicklung Duisburgs im Rahmen des Programms „Stadtumbau West“ ausgeschrieben und an die Enuva Essen vergeben.

Infolge diverser Analysen zeigen sich zwei Empfehlungen. Zum einen für das Hochhausgebiet Hochheide mit ca. 4.200 Einwohnern, einem Migrantenanteil von 35% und einem Leerstand von 50%. In diesem Gebiet soll Abriss erfolgen, auch wenn die Finanzierung noch nicht geklärt ist. Es ist eine Eigenheimentwicklung geplant, die über die Bodenwertgestaltung gleichzeitig den Abriss dieser Häuser mitfinanziert. Dazu existieren Bürgerworkshops, runde Tische und weitere Aktivitäten.

Zum anderen gibt es Empfehlungen für Duisburg-Marxloh, ein Bergarbeiterviertel, welches schon vor 13 Jahren mit vielen innovativen Ansätzen komplett saniert wurde; damals mit dem Ziel, den Migrantenanteil durch Mietpreiserhöhung zu minimieren. Dies wurde jedoch nicht realisiert, die Preise stiegen zwar an, aber es erfolgte keine Durchmischung der Bevölkerung.

Kurz gesagt: Duisburg hat mit zwei Problemen zu kämpfen. Zum einen ist die Bevölkerung zu einem großen Teil sehr arm und zum anderen sehr alt. Daher müssen adäquate Wohngebiete entwickelt werden, die neuen gesellschaftlichen Perspektiven Rechnung tragen (wie das Beispiel des Innenhafens zeigt).

Ein wichtiges Stadtumbauprojekt stellt auch die neue „Merkez-Moschee“ dar, welches eine freie Auseinandersetzung mit osmanischen Architekturformen verlangte und eine behutsame Integration dieser Architektur mit der Umgebung erforderte. Gleichzeitig förderte dies die Kommunikation unter Deutschen und Migranten im Quartier und darüber hinaus. Dazu und zu anderen Stadtentwicklungsprojekten sind auch Bürgerforen mit hoher Resonanz abgehalten worden. Zusätzlich hat sich in Duisburg eine Bürgerstiftung dem Ziel verschrieben, die Stadt lebenswerter zu machen und für ein stärkeres Miteinander aller Bevölkerungsgruppen zu sorgen. Die Vorsitzende selbst hat einen Migrationshintergrund.

## Gesprächsrunde

### Neue Bewohner in benachteiligten Wohnquartieren - kann die nachträgliche Mischung ein Schritt zu einer besseren Integration im Stadtteil sein?

Moderation: Iris Behr, Institut Wohnen und Umwelt, Darmstadt

Teilnehmer/innen:

Axel Fricke, Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung der Landeshauptstadt Stuttgart

Prof. Barbara John, Integrationsbeauftragte der GESOBAU AG Berlin

Dittmar Loose, SAGA GWG Hamburg

Reinhard Thies, BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit

In einem Eingangsstatement plädiert Dittmar Loose für eine Selbstpositionierung der Wohnungswirtschaft, die weit über ein rein gewinnorientiertes Geschäftsmodell hinausgeht. Die langfristige und nachhaltige Quartiersentwicklung – sowohl baulich, als auch sozial - muss zu den dringlichsten Aufgaben der Wohnungswirtschaft gehören. Herr Fricke erläutert die kommunale Strategie in Stuttgart (Strategie 2006 – Urban Wohnen), die das sozialintegrative und das generationenübergreifende Wohnen als wichtige Themen verfolgt und dabei keinen Unterschied macht zwischen Migranten und anderen Gruppen, sondern zunächst die soziale Problemlage betrachtet. Zum anderen werden in Stuttgart die Kräfte auf die Bestandsentwicklung und -erneuerung gelenkt, wie z.B. in dem stigmatisierten (aber tatsächlich nicht prekären) Stadtteil Bad Canstatt, wo die Restrukturierung durch das Programm „Soziale Stadt“ unterstützt wird.

Frau John greift noch mal das Hauptthema des Workshops auf, indem sie das Beispiel des Märkischen Viertels in Berlin darstellt. Von Kreuzberg oder Neukölln zogen ehemals fast ausschließlich deutsche Mieter aus Einfachwohnungen in die damals neugebauten Komfortwohnungen des Märkischen Viertels um. Diese homogene Stammbevölkerschaft ist infolge der Umzugsketten der letzten Jahre nun mit neuen Bewohnern konfrontiert, größtenteils Migranten. Alte Nachbarschaften gehen verloren. Überfremdungsängste kommen auf. Und hier kann man sagen, dass Mischung der einzige Weg zur Integration ist, obwohl dieser ein sehr dornenreicher ist. Neue Nachbarschaften, neue soziale Bindungen, neue soziale Infrastrukturen müssen erst wieder aufgebaut werden. Diversität (ethnisch, demografisch, sozial) ist die Hauptherausforderung bei der Integration. Die alten Quotenmodelle leisten hier nichts, denn dadurch wird nicht erfasst, wer denn tatsächlich integrationsbedürftig ist.

Herr Thies verweist auf die zivilgesellschaftlichen Systeme, wie Kirchen, Vereine und Gruppen, beim Aufbau neuer Nachbarschaften als wichtige Ressourcen, die in die Arbeit mit einbezogen werden müssen. Am Beispiel der Kirchen zeigt er auf, wie stark diese schon in die Arbeit miteinbezogen sind: Sie übernehmen soziale Dienstleistungen, sie sind in die Strukturen der sozialen Verwaltung integriert und schließlich sind sie durch ihre Gemeindegarbeit vor Ort präsent. In den Programmen der Sozialen Stadt funktioniert die Zusammenarbeit der zivilgesellschaftlichen Akteure meist vorbildlich. Solche Entwicklungspartnerschaften sollten auch in anderen Bereichen versucht werden.

Weitere wichtige Kooperationen sind Entwicklungspartnerschaften an der Schnittstelle von Schule und Beruf. Hier hat z.B. die SAGA mit Partnern aus dem Tagesgeschäft (Handwerk etc.) Beschäftigungsmodelle gefördert, die schon frühzeitig den durch Jugendarbeitslosigkeit bedingten sozialen Problemen entgegenwirkt. Zusätzlich wirkt ein gutes Bildungsangebot vom Kindergarten bis zum Schulabschluss mit begleitenden Bildungsangeboten stabilisierend auf die Quartiersentwicklung. Weitere Angebote sollen sich auch auf Arbeitsvermittlung und Weiterqualifizierung beziehen. Dies wird im Fall des Märkischen Viertels auch von der GESOBAU unterstützt. Diese Angebote dienen eben nicht nur Migranten, sondern all denjenigen, die davon profitieren können. Ein anderes Beispiel für eine sinnvolle Investition der Wohnungsbauunternehmen sind die Concierges. Solch ein Pförtner verbessert allein durch seine Anwesenheit die Atmosphäre im Haus. Es wird wieder begrüßt.

Von Seiten der Kommunalverwaltung in Stuttgart wird versucht, Wohnungsbestände in stigmatisierten Wohnlagen für andere Bevölkerungsgruppen zu öffnen. Das will man langfristig erreichen durch gezielte Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung im Bestand und soziale Begleitmaßnahmen. Ziel ist es, mehr Mittelschichtangehörige dort anzusiedeln. Zum Teil wird dies auch mit einer gezielten Verknappung von Wohnraum versucht, um durch die Preisentwicklung die Wohnungsbelegung zu steuern.

Frau John erläutert dazu, dass im Märkischen Viertel ein Großteil der Bewohner mit Migrationshintergrund der Mittelschicht angehören, aber nicht als solche wahrgenommen werden. Es ist wichtig, diesen Menschen im Quartier auch Funktionen zuzuweisen, in denen sie wahrgenommen werden. Dies unterstützt Herr Altschiller, indem er sagt, dass die Ethnisierung von sozialen Problemen („ethnic labeling“) in unserer Gesellschaft ein Kernproblem mangelnder Integration ist.

In der anschließenden Publikumsdiskussion weist Prof. Allerbeck auf die Vorreiterrolle von neu einziehenden Bewohnern hin. Dadurch ergeben sich mitunter aufwärtsorientierte Nachzugsentwicklungen und die Mieterschaft eines ganzen Hauses bekommt auf diese Weise eine neue soziale Zusammensetzung. Frau Münch verweist aber darauf, dass dies als ein gezieltes Instrument („Blockbusting“) der Wohnungswirtschaft hier so nicht funktioniert, da es sich eher auf Wohneigentum bezieht.

Herr Wiechers erinnert an den integrativen Wert der Arbeit, auf welche sich ganze Regionen identitätsstiftend beziehen. Bildung sei für alle der basale Zugangsschlüssel dazu. Frau Süß wendet ein, dass Zugang zu Arbeit heute einer viel komplexeren Bildung bedarf als noch vor 40 Jahren. Daher muss entscheidend auf die Chancengleichheit aller bei der Erlangung von Bildung und damit von gesellschaftlicher Teilhabe hingearbeitet werden. Auch muss der Zusammenhang mit der Quartiersentwicklung noch stärker diskutiert werden. Arbeit verliert ihre Integrationsfunktion aufgrund des strukturellen Wandels. Das Wohnquartier diese Funktion z.T. ersetzen. Und das geschieht eben auch im Quartier.

Weiterhin wird die Bedeutung von Belegungsrechten diskutiert. Herr Loose bevorzugt die Idee von Belegungsverträgen, die festlegen wie vielen sozialwohnungsberechtigten Personen Wohnraum gegeben wird, aber nicht wo und wie. Das kann die Wohnungsbaugesellschaft selbst viel besser entscheiden, als eine praxisferne Verwaltung. Herr Fricke bestätigt die Schwierigkeit, Sozialwohnungen tatsächlich nach Quoten zu vergeben. Auch in der Verwaltung in Stuttgart sucht man nach neuen Vergabewegen. Herr Altschiller ergänzt, dass es weder für die Frage der Belegungsrechte noch für die grundsätzliche Frage von Mischung allgemeingültige Lösungen geben kann. Jedes Quartier muss im Einzelnen betrachtet werden, dabei muss das Quartier aber immer im Kontext der Gesamtstadt betrachtet werden.

Großwohnanlagen hält Herr Loose auch in Hinblick auf Integration nicht für per se ungeeignet. Wichtig ist dabei, Monostrukturen zu vermeiden und möglichst viele Elemente von Urbanität auch dort abzubilden. Dies gelingt nur, wenn alle maßgeblichen Akteure für diesen Bereich zusammenwirken.

Herr Loose stellt noch das Projekt der SAGA in Wilhelmsburg vor, mit dem dort gezielt für Studenten zu einem konkurrenzlosen Preis Wohnungen angeboten wurde. Und in der Tat beleben diese in Nischen das Quartier mit Läden und Kneipen. Allerdings ist zu beachten, dass diese besondere Form eines vergünstigten Mietangebotes nicht gegenüber den anderen Mietern zu Neid und Vorbehalten führen darf.

Herr Türnagel verweist darauf, dass Integration und Segregation nicht allein unter dem Aspekt Migration betrachtet werden darf. Vielmehr ist die soziale Integration von Bewohnern gleich welcher Herkunft vor allem unter dem Aspekt ausreichender Bildung zu sehen. Das Abrutschen von Quartieren hängt zum einen mit dem Zuzug bildungsferner Schichten und mit dem Wegzug gebildeter Gruppen zusammen, die für ihren Nachwuchs keine adäquaten Bildungsangebote vor Ort finden.

Die Protokolle wurden angefertigt von Studenten der FH Mainz, Fachbereich Architektur – Integrierte Wohnbestandsentwicklung (Prof. Spies) im Rahmen eines gemeinsamen Seminars mit der Schader-Stiftung:

Dipl.-Ing. (FH) Sandra Köster  
Dipl.-Ing. (FH) Daniela S. Wagner  
Dipl.-Ing. (FH) Qing Chen  
Dipl.-Ing. (FH) Isabell Lorenz  
Dipl.-Ing. (FH) Johannes Zepf  
Dipl.-Ing. (FH) Frederic Gutperle  
Dipl.-Ing. (FH) Marco Carnetto  
Dipl.-Ing. (FH) Waldemar Wolf

Überarbeitung:  
Dipl.-Soz. Andreas Zäh

## **Die Referent/innen**

### **Iris Behr**

Iris Behr ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Wohnen und Umwelt in Darmstadt. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind kommunale Wohnungspolitik und –wirtschaft.

### **Prof. Cengiz Deniz**

Prof. Deniz ist seit 2006 Gastprofessor für Sozialwissenschaftliche Grundlagen der Sozialarbeit/Sozialpädagogik an der Evangelischen Fachhochschule Berlin.

### **Jürgen Dressler**

Jürgen Dressler ist Beigeordneter für Stadtentwicklung der Stadt Duisburg und Vorstandsmitglied der Duisburger Gemeinnützigen Baugesellschaft (GEBAG).

### **Axel Fricke**

Axel Fricke ist seit 2005 im Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung der Landeshauptstadt Stuttgart, seit August 2005 hat er die Projektleitung zum Handlungskonzept urbanWohnen und seit Juli 2008 ist er Leiter der Stadtentwicklungsplanung.

### **Klaus Illigmann**

Klaus Illigmann arbeitet im Referat für Stadtplanung und Bauordnung der Landeshauptstadt München im HA I Stadtentwicklungsplanung.

### **Barbara John**

Seit 2006 ist Prof. John als Integrationsbeauftragte der GESOBAU AG Berlin tätig. Die Integrationsbeauftragte ist nicht nur Ansprech- und Diskussionspartnerin für Mieter und GESOBAU-Mitarbeiter, sie ist darüber hinaus aktiv an der Entwicklung und Konzeption integrationsrelevanter Maßnahmen und Projekte beteiligt.

### **Gudrun Kirchhoff**

Gudrun Kirchhoff ist wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung. Ihre Schwerpunkte sind Migration und Integration im Zusammenhang sozialräumlicher Folgen.

### **Dittmar Loose**

Dittmar Loose ist Diplom-Sozialarbeiter und leitet die Geschäftsstelle der SAGA GWG in Hamburg-Wilhelmsburg mit etwa 8.500 Wohnungen. Die SAGA GWG als kommunales Wohnungsunternehmen der Hansestadt Hamburg hat 130.000 Wohnungen in ihrem Bestand.

### **Doris Lüken-Klaßen**

Doris Lüken-Klaßen ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am europäischen forum für migrationsstudien efms in Bamberg mit den Arbeitsschwerpunkten Migrations- und Integrationspolitik in Europa, kommunale Integrationspolitik.

**Jochen Partsch**

Seit 2006 ist Jochen Partsch hauptamtlicher Stadtrat der Wissenschaftsstadt Darmstadt und in dieser Funktion zuständig für das Sozialdezernat.

**Sabine Süß**

Sabine Süß arbeitet seit Juni 2007 als Mitglied des Vorstandes der Schader-Stiftung in geschäftsführender Position.

**Reinhard Thies**

Reinhard Thies ist Referent beim Diakonischen Werk der EKD, Bundesverband Projekt- und Servicestelle Soziale Stadt.